

werden kann. Der Staat muß alles tun, um den Unternehmungsgest des Volkes zu weiden, und darf keine Ausgaben scheuen, wenn es gilt, auf diesen Gebieten neue Kräfte ins Leben zu rufen. Der Staat muß Lebensverhältnisse schaffen, wodurch der Zutrom von Kapital zu den russischen wirtschaftlichen Unternehmen ermöglicht werden kann, ohne daß die Leistung des militärischen Lebens Ausschüßern in die Hände fällt; eine wirtschaftliche Anwendung der Bar-Mittel, die sich in gewissen Kreisen der Bevölkerung während des Krieges angehäuft haben, ist anzubringen. Damit der mächtige Aufschwung, der nach dem Kriege eintreten kann, nicht in eine ungelungene „Gründerperiode“ ausarte, ist es notwendig, beizeiten schon die Normen zu schaffen, welche einem gefunden Unternehmungsgest der Weg bahnen; für die Ausführung der öffentlichen Arbeiten muß ein umfassender Plan angelegt werden, und es muß erzogen werden, welchen Personen und Institutionen diese Arbeiten übertragen werden sollen. Die Arbeit der „großen Kommission“ soll sich darauf beschränken, die leitenden Grundzüge zu finden und eine Anleitung ausarbeiten. Die Durchführung der Grundzüge soll durch das russische Gemeinwesen selbst und eine Organisation erfolgen...

Die Duma zur Fortführung des Krieges entschlossen.

WTB. Petersburg, 23. Februar. In der heutigen Sitzung der Duma wurde die von der Regierung abgegebene Erklärung bekräftigt. Vertreter aller Parteien betonten die Notwendigkeit, den Krieg bis zum endgültigen Siege fortzusetzen. Die Dumaberatung wird am Donnerstag weitergeführt.

Der russische Bericht.

WTB. Petersburg, 24. Februar. Amfänger Berichtsbericht vom 23. Februar. Bei Verfall beizogen die Deutschen ihr heftiges Feuer. Zwei Zeppelin überflogen die Stellungen bei Dinaburg. Bei Muzt und westlich vom Sementenke, sowie weiter südlich bis zum Mlensee Artillerie-Lampf.

Eine Kolumbarer Verteilungsaffäre.

o. B. Stockholm, 24. Februar. Die „Schwedische Wochenblatt“ berichtet aus Petersburg über eine handelsechte Verteilungsaffäre, die mit der Verhaftung eines Sekretärs der Kolumbarer Aufnahmungskommission begann. Bald darauf erfolgte eine lange Reihe neuer Verhaftungen, unter denen sich viele Peterburger Geschäftsleute befanden. Viele von denen, die zur Verhaftung beitrugen, behaupten die Kolumbarer Verteilungsaffäre. Es handelte sich dabei um die Verteilung von Militärartikeln. Eine große Anzahl dieser Leute, denen es gelang, sich auf diese Weise vom Militärdienst loszulösen, waren fähig sogar für Militärdiensttauglich erklärt worden. Sie dienen nun als Beweismittel und Entlastung des Krieges. Die „Schwedische Wochenblatt“ wendet aus Entschuldig. Das Kriegsgericht verurteilte in gleicher Sitzung alle Teilnehmer eines polnischen Bundes, dessen vornehmliches Ziel die Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes war. Die Hauptangeklagten wurden zu zweijähriger Zuchthausstrafe in Sibirien verurteilt.

England.

Asquiths Kriegsgesetze.

WTB. London, 24. Februar. Ein heftiges Blatt berichtet aus London über die heutige Sitzung des Unterhauses. Der Arbeiterpartei-Senator Snodden jagte, daß England sich aus ungewöhnlichen Motiven am Kriege beteilige und die Sache der Alliierten gerechtfertigt sei. Das ganze britische Volk wünsche einen befruchtenden Ausgang, und ein dauernder Frieden könnte aber nur durch Verhandlungen und nicht durch Fortsetzung des Krieges erreicht werden. Snodden führte den russischen Schriftsteller Bloch an, der vorausgesetzt habe, daß der moderne Krieg niemals auf dem Schlachtfeld entschieden werden könne. Er glaube nicht an einen militärischen Sieg, der übrigens nur zu einem neuen Kriege führen würde. Snodden äußerte die Überzeugung, daß die Zeit für Friedensunterhandlungen gekommen sei. Er betonte sich ferner auf die Erklärung Congrats, daß Frankreich den Krieg nicht werde durchzuführen können. Zum Schluß forderte er die Regierung auf, ihre Friedensbedingungen anzugeben. Trevelyan (lib.) gab zu, daß die deutsche Militärpartei offen sage, daß sie Belgien und einen Teil von Frankreich behalten wolle. Er sei überzeugt, daß der Friede nur möglich

Vom Stamme der Riesen.

Noman aus der Gegenwart.
Von Philipp Berges.

46 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Auch mein Leben wird von heute ab Kampf sein. Das Opfer meines Lebensglücks, das ich bringe, ist auch dem Vaterlande dargebracht. Indem ich mein Haus rette, bewahre ich andere Häuser, die von ihm abhängen, vor dem Sturz.“ Nicht nur uns allein fordert die Zeit Opfer.“

„Ich höre dich, Estella, und verhehe deine Worte“, sagte Labenburg langsam, „aber sie können keinen und fast aus deinem Munde, und ich weiß, daß ihre innere Bedeutung mir erst später zum Bewußtsein kommen wird. In diesem Augenblicke fühle ich nichts weiter als nur das eine, daß wir uns trennen sollen. Tausen kann ich es nicht, und ich werde es auch wohl dann noch nicht sagen können, wenn draußen der Gehörgeschorn mich umtobt.“

Estella schmiegte sich an den Geliebten, küßte ihn innig und jah zu ihm auf. „Ein fernes heißes Hoffen, das ich mir nicht erklären kann, kämpft mit der Kälte der Verzweiflung, die von mir Besitz ergreifen will. Ich weiß, daß ich dich verloren habe, und kann es doch nicht lassen und glauben. Wo ich die Fassung hernehmen soll, dem anderen mit Bewusstsein entgegenzutreten, und wie sich meine Liebe zu dir mit den neuen Pflichten, die meiner harten, auseinanderreißen soll, ich weiß es nicht. Der einzige Gedanke, der mich aufrechterhält, ist, daß auch mein Opfer der schwereren Zeit, die über uns hereinzubrechen ist, dargebracht wird. Hans, Geliebter, ich kann dich nie vergessen, kann nie, das fühle ich, aufhören, dich zu lieben. Sag mir, hast auch du die Empfindung eines unerklärlichen Sehns, als ob ein Wunder geschehen müßte, das uns wieder zusammenführt?“

Als Estella, auf eine Antwort harrend, dem Geliebten ins Antlitz blickte, sah sie mit Bestürzung und Schmerz einen verlorenen, gleichsam abwesenden Ausdruck in seinen Augen. Wie im Schein eines Lichtes erkannte sie die Wahrheit. Seine Aufmerksamkeit war geteilt. Schon wanderten seine Gedanken draußen bei den Kameraden, sein Herz eilte den Truppen, die nach Ost und West zogen, schon voraus.

„Dach du mich verstanden, Hans?“ fragte Estella.

lei, wenn Deutschland Belgien und seine herausfordernde Haltung aufbe. Aber auch die Alliierten dürften nicht auf Eroberungen ausgehen.

WTB. London, 24. Februar. (Unterhaus.) Asquith erwiderte auf die Reden von Snodden und des früheren Ministers Trevelyan, der beim Ausbruch des Krieges sein Amt niedergelegt hatte, über die Voraussetzungen, unter denen es möglich wäre, den Krieg unter Erziehung des Kriegespieles der Alliierten zu beendigen. Asquith erklärte, es freue ihn, daß das Haus diesen Reden mit Beifall zugehört habe. Die beiden Mitglieder hätten sich nicht für die demokratische öffentliche Meinung geäußert. (Beifall.) Der eigentliche Inhalt der Rede Snoddens sei, daß in Deutschland ein wahrhafter Wunsch nach Frieden bestesse. Worauf stütze sich nun diese Behauptung? Auf die jüngste Debatte im Reichstage und die Rede des Reichsanwalters, der gesagt zu haben scheine, er sei durchaus gewillt, eine Annäherung mit anderen Seite willkommen zu heißen. Da der Kanzler seine Rede dadurch ergänzte zu haben scheine, daß er den Abgeordneten sagte, Deutschland habe sich nicht als Feind aller Nationen erwiesen (jenes Deutschland, das Belgien vernichtete und verweigerte, und kein Belagerer sein habe, auch Serbien, Montenegro und Polen zu vernichten und zu verweihen), so könne eine solche Erklärung in einem solchen Zusammenhang nur als eine gemaltete schamlose Kühnheit bezeichnet werden. Asquith fuhr dann fort: Es ist wahr, daß einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sich auf eine höchst unvollständige Stellung angelehnt einer großen Verwirrung behauptet haben. Aber was ist dabei erreicht worden? Wenn bei der entscheidenden Abstimmung von einer Partei von 110 Mitgliedern nur 20 überredet werden konnten, gegen den Kriegsstreit zu stimmen? Ich will jetzt der Sache auf den Grund gehen. Unsere Alliierten sind in unseren Bedingungen verzagt, und dem Deutschen Reich sind sie wohlfeil. Was ich am 4. November 1914 gesagt habe, wiederhole ich jetzt: Wir werden niemals das Schwert, das wir nicht leicht gezogen haben, wieder in die Scheide stecken, bis Belgien und Serbien, ich will hinzufügen, in vollem Maße, alles und mehr als alles, was sie geopfert haben, wieder erlangen, bis Frankreich ausreichend gegen einen Angriff gesichert ist, bis die Rechte der kleineren Nationen Europas auf eine unangreifbare Grundlage gestellt sind, und bis die Militärherzhaft Preußens gänzlich und endgültig vernichtet ist.

Die anderen Mitglieder der Arbeiterpartei gingen auf Snoddens Initiative nicht ein. Die Debatte schloß dann, und das Haus nahm das Budget in zweiter Lesung an.

Eine vernichtende Kritik an Ritchener und Grey.

T. U. Amsterdam, 24. Februar. Mit Schärfe sprach sich im Unterhause der irische Nationalist O'Connell gegen die Regierung aus. Er sagte, daß das Land nicht von Männern geleitet werde, die befähigt seien, in lo ernter Zeit die Führung zu übernehmen. Sir Edward Grey u habe niemals den Wirklichkeiten ins Auge gesehen. Der ganze Mann sei vor dem Kriege ein großer Mißerfolg gewesen, jetzt sei er eine große unbenutzte Unfähigkeit. Der Staatssekretär des Krieges Lord Ritchener sei ebenfalls ein monumentaler Mißerfolg gewesen. Seine Fehler seien vielfach, und sie seien nicht einmal die Fehler eines Kriegers gewesen, sondern diejenigen eines Schwachen, jöchernden und weiterentwickelten Mannes. Dennoch vertrete er immer noch die Führung des Krieges an. Der Zeit sei nicht auf Seite der Verbündeten, sondern auf der Seite der Deutschen, denn ihre Stellung sei nun stärker und gesichtiger als einen Monat nach der Schlacht an der Marne. Wir müssen den Gedanken aufgeben, daß wir die Deutschen aushungern oder daß wir sie wirtschaftlich schlagen können. Der Krieg kann nur dadurch gewonnen werden, daß wir die Deutschen im Felde schlagen, aber bisher hat die Regierung und ihre militärischen Ratgeber keinerlei Plan aufgestellt, um dieses Ziel zu erreichen.

Lord Derby Minister für die Landbesitzverhältnisse. WTB. Haag, 24. Februar. Der „Nieuwe Courant“ erklärt aus London, daß die Regierung mit dem Plan, die Besatzung Lord Derby zum Minister für die Landbesitzverhältnisse zu ernennen, ohne ihm einen Platz im Kabinett einzuräumen.

Labenburg erwachte gleichsam. Er erhob sich und ballte die Fäuste. „Jetzt ist nicht die Zeit, der Traurigkeit die Herrschaft über unsere Herzen einzuräumen. Die große Zeit finde auch große Menschen. Du hast recht, Estella. Was die Zukunft bringt, wissen wir nicht. Alles steht in Gottes Hand, wir selbst und unsere Schicksale mit einbezogen. Die Trennung war uns genant, auch ohne das Danken eures Hauses. Wenn wir jetzt auseinandergehen, nehmen wir beide die große, unerfüllte Sehnsucht mit. An eine ferne Hoffnung glauben, an einen neuen Mann, das ist nicht, das ist Trauerarbeit. Aber an eine geheimen Verknüpfung unserer Seelen habe ich fest geglaubt, und diesen Glauben kann ich auch jetzt nicht aus meinem Herzen reißen. Wie dem aber auch sei, jetzt darf nur eines vor mir stehen und gebietet sich alles fordern, was ich zu geben habe, die Pflicht für das Vaterland. Welch eine herrliche Aufgabe, für den deutschen Gedanken auf Erden zu kämpfen und ihn, wo weit die eigene Kraft reicht, dem Siege entgegenzuführen.“

Estella erhob sich, ihre ganze Gestalt bebte, es war ihr nicht mehr möglich, sich zu fassen. „Ich muß nun wohl Abschied nehmen“, hauchte sie.

Labenburg sah das Mädchen beinahe übertrahst an. Wieder war es ihm wie ein Erachen. In der Fülle der Gedanken, die während dieser Stunde auf ihn eingebrungen war, hatte sich auch die Idee bemerkbar gemacht, dem Konflikt selbst die Kraft zu geben, die er benötigt, anzubieten, dort hinten in der Wüste hatte man ja wachstüchtige Leit Generationen genügend Geld angehäuft. Aber sofort mußte er diese Idee verwerfen. Es war unmöglich, daß der Konflikt sich einem Fremden anvertraute oder die Heirat seiner Tochter zu einem Handelsgeschäft machte. Jetzt, im Drange der Abschiedsminuten, lehnte der Gedanke mit Gewalt zurück, aber auch diesmal verwarf er ihn, als unwürdig der abligen Gewinnung Estellas.

„Nach einmal, du mein geliebtes Weib, ich mich dich fest umarmen“, sagte Labenburg weis, „du bist das Weib meines Herzens, und nie werde ich ein anderes lieben, noch an meine Ruh' denken. Hoffe, wenn du fannst, auf das Wunder, das uns noch zusammenführt. Nicht soll es bereit finden, spät oder früh, und wo es auch immer liegt. Estella, lieb' mich!“

Estella konnte nicht sprechen. Der Abschiedsschmerz übermannte sie. Sie küßte den Geliebten noch einmal heiß und

Furcht vor den Zeppelin. T. U. London, 24. Februar. Daß die Furcht vor Zeppelin viel größer ist als die englischen Zeitungen wissen, erhellt man u daraus, daß die meisten aristokratischen und reichen Engländer, die in ihren Häusern Kunstgegenstände von hohem Werte aufstellt haben, dieselben von den Wänden und aus den Schränken entfernen und in bombensichere Keller bringen.

Frankreich.

Die französische Kriegesgewinnsteuer.

T. U. Paris 24. Februar. Havas berichtet: Die Kammer hat einstimmig eine außergewöhnliche Besteuerung des Krieges gewinnne angenommen. Das Gesetz bleibt bis zum 12. Monat nach Beendigung des Krieges in Kraft.

Neues vom „Prophezen“ Herrn.

T. U. Von der Schweiz, Genève, 24. Februar. Herrs befragt sich in seinem „Victoire“ über die Fortsetzung der Friedenspropaganda der sozialistischen Partei. Er fragt dabei von einem Flugblatt, worin betont wird, daß die Fortsetzung des Krieges unendlich sei, da es noch nicht geteilt werden. Deutschland zu belagern. Herrs macht den Führer der sozialistischen Partei Vorwürfe, daß sie auf dem letzten Parteitag den Konflikt verfestigt haben, anstatt offen mit den Friedensagitatoren zu brechen und sie aus der Partei auszuschließen.

Amerika.

Wilson und der Konar.

WTB. London, 24. Februar. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, daß die deutsch-freundlichen Gruppen im Senat und Repräsentantenhaus beschließigen. Anträge einbringen, die, wenn sie angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet werden die Amerikaner geistlich verhindern würden, Vöse zu Reisen auf besawmeten Passagierdampfern zu erhalten; ferner würde dadurch die Auslieferung solcher Schiffe verboten werden und es ist zweifelhaft, ob ein derartiger Antrag im Kongresse durchgehen würde. Wilson hat die Absicht geäußert, in einem solchen Falle sein Veto einzulegen. Dadurch wollen sich die deutsch-freundlichen Gruppen jedoch nicht abhalten lassen, die Angelegenheit zum Senate zu bringen um die dortigen unternehmen. Eine solche Debatte anzukommen und erklärte der Präsident am Montag, entschlossen zu sein, sich für die Freiheit der Meer einzusetzen, indem er das Recht der Amerikaner geltend macht, auf den von ihnen gewählten Schiffen zu reisen und die Forderung aufgestellt, daß ein Schiff, welches Kanonen zur Verteidigung führt, nicht ohne Warnung vorbeiredet werden darf.

Die Konferenzen Wilsons mit den Parteiführern

o. B. Rotterdam, 24. Februar. „Morning Post“ meldet aus Washington: Allgemein hält man die Konferenzen Wilsons mit den Parteiführern für sehr bedeutung. Einzelheiten über das dabei Verhandelte sind aber nicht in Erfahrung zu bringen, der Präsident soll aber die Parlamentarier über die Spannung in den Beziehungen zu Deutschland aufklärt und sie gebeten haben, eine öffentliche W vredehung der Lage zu verhindern, damit die Erbitterung im Lande sich nicht steigern. Wenn es zu einem Bruch käme, laut der Korrespondent der „Morning Post“, würden die Demokraten mit Ausnahme der Vorläufer in der Debatte unterliegen, man wolle aber noch nicht recht glauben, daß Deutschland seinen neutralen Staat von der Bedeutung Amerikas sich entfremden werde.

Amerika und Japan.

T. U. Lugano, 24. Februar. Amerikanische Depeschen melden, daß die amerikanische Marineleitung Wilson dränge den deutschen Stützpunkt hinsichtlich des Interdekontinentalen einzunehmen, der bei dem wahrheitsföhligen, wenn nicht höheren Kriege zwischen Japan und Amerika um die Herrschaft in Stillen Ozean die volle Waffe sei.

T. U. Rotterdam, 24. Februar. Dem Exzange-Bureau zufolge erklärte Panfing, daß durch die neue deutsche U-Boot-

unter Tränen und wollte dann zum Zimmer hinausstehen. Aber Labenburg hielt sie zurück. Seine ganze stolze Ruhe war ihm wiederzuekehrt.

„Nicht so, Estella“, sagte er, „aufrecht, in Kraft und Würde wollen wir auseinandergehen. Tasse dich, liebes Mädchen. Ich geleite dich.“

Als Estella und Labenburg hinaustraten, hatte das Bild draußen sich verändert. Der Regen hatte ganz aufgehört. Blau und goldig strahlte die Sonne. Die Häuser um den ganzen weiten Platz waren mit wehenden Flaggen hüßig. Tribünen, vor dem Hiebers-Kaffee, und auf der anderen Seite, vor dem Bahnhofsportal, hatten große Gruppen von Menschen, weiße Blätter in den Händen. Nach wenigen Schritten teilte sich die Erregung auch dem Offizier und seiner Begleiterin mit. Am nächsten Leben hing ein Zettel, der die Vorübergehenden anlockte. Ein süßes und gewaltiges Rorterschreien aus Lüttich! Soldaten waren hürend bis zur Stadt vorgezogen, hätten beinahe die Zitadelle genommen und den Kommandanten gefangen weggeführt. Nur waren ihrer zu wenige gewesen, um die feste Tat zu vollenden, jetzt aber war der Sturm auf Lüttich in vollem Gange. Eine zweite Kunde, von der See her. Der kleine Hilfskreuzer „Königin Luise“, sonst ein Vergnügungsdammer in der weichen Hamburg und Helgolands, war bis in die Themis-Kreuzer Amphion“ überfallen und zerstört worden, aber auch das englische Kriegsschiff hatte daran glauben müssen, es war auf eine der neu gelegten Minen gelaufen, explodiert und gesunken. Zu Lande und zur See stürmten die deutschen Wassen schon tief in Feindesland.

„Wer doch auch erst dabei wäre“, sagte Labenburg aus tiefer Brust.

Als er Estella über die Straße führte, um nach einem der auf der anderen Seite haltenden Automobile zu gelangen, nahm Estella seinen Arm. Ein einziges Mal, wenn auch nur für wenige Augenblicke, wußte sie so an seiner Seite wandeln. Keines sprach noch ein Wort. Estella stieg in den wackeligen Hamburg und Helgolands, war bis in die Themis-Kreuzer Amphion“ überfallen und zerstört worden, aber auch das englische Kriegsschiff hatte daran glauben müssen, es war auf eine der neu gelegten Minen gelaufen, explodiert und gesunken. Zu Lande und zur See stürmten die deutschen Wassen schon tief in Feindesland.

„Wer doch auch erst dabei wäre“, sagte Labenburg aus tiefer Brust.

Als er Estella über die Straße führte, um nach einem der auf der anderen Seite haltenden Automobile zu gelangen, nahm Estella seinen Arm. Ein einziges Mal, wenn auch nur für wenige Augenblicke, wußte sie so an seiner Seite wandeln. Keines sprach noch ein Wort. Estella stieg in den wackeligen Hamburg und Helgolands, war bis in die Themis-Kreuzer Amphion“ überfallen und zerstört worden, aber auch das englische Kriegsschiff hatte daran glauben müssen, es war auf eine der neu gelegten Minen gelaufen, explodiert und gesunken. Zu Lande und zur See stürmten die deutschen Wassen schon tief in Feindesland.

„Wer doch auch erst dabei wäre“, sagte Labenburg aus tiefer Brust.

(Fortsetzung folgt.)

Erklärung die Lage zwischen Amerika und Deutschland heute erst sei wie in früheren Phasen die „Quintana“-frage.

Der Krieg im Orient. Englands Aite in Aegypten.

c. B. **Agano**, 23. Februar. Die verschiedenen Nachrichten über Unruhen in Aegypten werden jetzt durch italienische Blätter bestätigt. „Ordine“ erzählt aus Kairo, daß bei Einberufung der Kadi's erste Revolten ausgebrochen wären. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß dessen Umfang man daraus ersehen kann, daß 35 Personen getötet und 45 Verwundete zu verzeichnen waren. Auch im Hiabelnviertel von Kairo brachen Unruhen aus; die englischen Offiziere schossen die Einruher hingericht. Der Hof der Bevölkerung gegen den von England eingeleiteten ägyptischen Revolutions ist im Steigen begriffen. Prinz Tullum verdrängte demokratisch auf den Titel eines Tyrannen, der dann anderen Prinzen angeboten wurde, die jedoch dem Beispiel des Prinzen Tullum folgten. In der Arena wurden zahlreiche Auftritte in arabischer Sprache verbreitet, die die Aufregung enthielten, den Kampf gegen die Italiener für später aufzusparen und alle Kräfte gegen Aegypten zu vereinigen. Andere italienische Blätter bringen die Meldung, daß durch die bisherigen Schritte der Engländer mit dem Statthalter von Kairo nur ein kleiner Teil der letzteren und auch der nur möglich gelitten habe; die Hauptmasse, die mit beträchtlicher Artillerie versehen sei, warte noch die Gelegenheit zu einem starken Angriff ab.

Zum Fall von Czernow.

c. B. **Stokholm**, 24. Februar. „Nowoje Wremja“ gesteht ein, daß der Fall Czernow noch nicht mit einem entscheidenden Siege getönt ist, solange die intakte türkische Armee das russische Heer im Westen angreifen könne, wo es durch seine natürlichen Festungen geschützt ist, während im Osten die stark ausgebauten künstlichen und natürlichen festen Stellungen bereits in russischen Händen lägen. Die Zürken erhalten täglich neue Verstärkungen. Daher verlangt „Nowoje Wremja“ zur Auffüllung der großen russischen Verluste die Entsendung neuer Truppen wenn man hier weiter Erfolg haben solle. England müsse Versehen und die Türkei erschmettern, um sich endlich vom dem Feinde, der auf der Dauer lag, freizumachen.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Berlin, 24. Februar.

Am Ministertisch v. **Loebell**.
Präsident **Carl Schwerin-Löwig** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 14 Minuten.
Das Haus ert das Andenken des verstorbenen **Abg. Paulsen**. Der Etat des Ministeriums des Innern wird weiterberaten.

Heuler (Zentr.): Die Gemeinden hatten infolge des Krieges verminderte Einnahmen und gesteigerte Ausgaben durch die Fürsorge für die Kriegsfamilien und die Wohnungsfürsorge. Damit möglichst viel zur alten Gewerbe wieder ausüben, sind Hilfsanstalten erforderlich, aber eine Überbeanspruchung der Gemeindegüter muß vermieden werden. Die Jugend muß vor einer ungewöhnlichen Verwendung der Söhne geschützt werden.

Minister des Innern v. Loebell: Die Regierung verkennt nicht die Notlage der Gemeinden, die in der Volksernährung und der Kriegswirtschaftspflege Erhebliches geleistet haben.

Die Erschließung weiterer Steuerquellen für die Gemeinden

wird erwogen. Die Sparkassen haben zu den Reichs-Kriegsanleihen fast ein Fünftel der Gesamtzeichnungen beigegeben und werden auch bei der neuen Kriegsanleihe wieder zur Geltung kommen. Eine Verneuerung der Jugend kraft zweifellos vor, weil es an Aussicht mangelt. Diesbezüglich wird das Notwendige veranlaßt werden. Öffentliche Vergütungen werden beschränkt. Das Verhalten der Berliner Bevölkerung, worüber geflagt wurde, paßt sich würdig den Zeitumständen an; die Stimmung ist ernst und besonnen, der höchste Sinn gehoben. Die Regierungsgeschäfte vollziehen sich ruhig und friedlich. Die Theater haben den Spielplan auf eine ernste moralische Grundlage gestellt. Die Beschimpfung der Feinde und die Verleumdung der Neutralen ist verboten.

Abg. Lehmann (nl.): Die Verwilderung der Jugend wird aufhören, wenn die Wäter zurückgeführt sind. Die Kinder sollten nicht gleich der Fürsorge übergeben werden. Den notleidenden Gemeinden muß geholfen werden.

Abg. Cassel (Sp.): Wir treten ein für Aufnahme von Rückstellungen des Abgabungsverfahrens in das Schenkungsamt-Gesetz. Das Reich muß die Kriegsaufwendungen der Gemeinden zurückzahlen und ihnen neue Einnahmequellen sichern. Wir können nicht verhindern, daß nach dem Kriege die politischen Kämpfe wieder aufleben. Hoffentlich bleibt das Gemeindegeld, das der Krieg uns brachte, erhalten.

Abg. Hoffmann (Sog.): Wir fordern das Koalitionsrecht für die Arbeiter und kleinen Beamten.

Abg. Freiherr v. Jellich (Freiw.): Die Arbeiter haben völlig gleiche Rechte wie die übrige Bevölkerung.
(Zuruf des **Abg. Westheim**: Bewußte Unwahrheit!)
(Vizepräsident **Dr. v. Kranke** ruft den **Abg. Westheim** zur Ordnung.)
v. Jellich (fortfahrend): Das Interesse des Vaterlandes und des Eisenbahndienstes verbietet es, den Eisenbahnarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. Eine Wählrechtsreform wird erst erfolgen, wenn eine Verständigung über die Grundlinien erzielt ist.

Auf Antrag v. **Pappenheim (Kon.)** wird die Debatte beschlossen.

Es folgt das Kapitel „Medizinalwesen“.

Abg. Hugen (v. Sp.) Wir sind stolz auf die Erfolge unserer Selbsthelfen in den Lagerten. Den Krankenpflegern und Schwestern darf das Koalitionsrecht nicht vorzuziehen werden. Wir fordern einen gesunden Mutterchutz und Säuglingschutz. Das Haltefindewesen muß gesetzlich geregelt werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vormittags vertagt.

Staatshaushalts-Kommission.

Die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses beriet Dienstagabend den Etat der Kgl. Seehandlung. Der Präsident der Seehandlung teilte mit, daß die Bromberger Mühlmühlen einen

Gewinn von 30 Prozent

gebracht haben. Dies erklärte sich daraus, daß bei Beginn des Krieges große Getreidevorräte vorhanden gewesen sind und Gewinn verkauft seien. Die Geschäfte der Seehandlung hätten während des Krieges zugenommen, es sei ein Gewinn von 7 Prozent erzielt worden. Jedoch sei die Seehandlung während des Krieges aus einem Gelbgeber nach einem Gelbnehmer geworden als früher. Sie besitze jetzt an Depositionen 402 Millionen fremde Gelder, während sie vor dem Kriege nur etwa 130 Millionen fremde Gelder besessen habe. Der Vollgeldverkehr habe ebenfalls erheblich zugenommen; dies sei erfreulich, da dadurch der bargeldlose Verkehr gefördert würde. Aus der Kommission wurde vorgeschlagen, die Seehandlung möchte sich mehr der Vermögensverwaltung zuwenden und durch die Kassenstellen Depositionen annehmen. Der Präsident erklärte, die Seehandlung führe das Depositions- und Depotgeschäft soweit es möglich sei, halte es aber für unangebracht, Filialen in die Provinz hinauszutragen. Der Etat wurde bewilligt.

Darauf folgte der Vorschlag der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Aus dem Bericht des Präsidenten dieser Kasse ergab sich, daß die Kreditprämie der Genossenschaften auch während der Fortdauer des Krieges wesentlich zurückgegangen sind, während die Guthaben bei der Zentralgenossenschaftskasse geliegen

sind. Dagegen hatte die Kasse in erheblichem Umfang Ansprüche der Sparkassen zu befriedigen. Besprochen wurde ferner die Frage, wie weit die Preussische die Reichsbank in Anspruch genommen habe. Der Präsident der Kasse bestritt dies überhaupt. Bei Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, besondere Handwerker-Genossenschaften zu bilden, wünschte die Regierung, daß während des Krieges eine Erleichterung hierüber nicht herbeizuführen sei. Der Vorsitzende erklärte, er werde sich darauf aufmerksam machen, was durch die Presse eine offizielle Notiz gegangen ist, wonach die Handwerker-Genossenschaften Mittel von der Preussischen erhielten zur Beteiligung an Heereslieferungen; in dieser Form wäre der Vorgang unbedenklich, es könnte sich höchstens um Beteiligung der Mitglieder der Genossenschaften an Heereslieferungen handeln. Ein Vertreter der Zentralgenossenschaftskasse erklärte, daß von dieser keinerlei derartige offizielle Notiz hinausgegangen wäre. Der Etat wurde genehmigt.

Die Abgeordnetenhaukskommission zur Beratung der Gesetzesentwürfe über Schenkungsämter und Stadthofen

nahm am Dienstag abend ihre Arbeit auf. Mit Rücksicht auf die dreitägige Verhandlung im Plenum wurde von einer Generaldebatte abgesehen, auch nach der Richtung, ob etwa die Verhandlung über die beiden Gesetzesentwürfe zu trennen sei. Zunächst gab ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums eine ausführliche Darstellung für den Schenkungsamtgesetzentwurf, der ebenso wie eine spätere ausführliche Darstellung den Kommissionsmitgliedern vielfach zugehen soll. Die Erörterung beschränkte sich auf die Frage, ob Richtlinien oder Schenkungsgrundzüge in das Gesetz hineinzuarbeiten seien. Hierzu lag ein Antrag des Zentrums vor, die Staatsregierung zu ersuchen, die allgemeinen Schenkungsgrundsätze, welche nach der Gesetzgebung der Ausführungsanweisungen überlassen werden sollen, möglichst bald, spätestens bis zum Schluß der ersten Lesung, der Kommission vorzulegen. Ein Antrag der Fortschrittler, National-liberalen und Freiwiligeren schlägt vor, daß die Vorlage der Schenkungsgrundzüge in der Form eines Zusatzes zum Gesetzentwurf erfolgen soll. Die Debatte wurde nicht zu Ende geführt, nachdem der Landwirtschaftsminister ebenso wie sein Vertreter erklärt hatten, daß gegen die Hineinbearbeitung von Richtlinien in das Gesetz schwerwiegende Bedenken beständen. Allerdings wollte er damit seinen endgültigen Standpunkt noch nicht festlegen. Es soll also über die Anträge weiter beraten werden, wenn die schriftliche Erklärung des Regierungsvertreters vorliegt. Dann wurde darüber beraten, ob die Schenkungsämter der Justizverwaltung zu unterstellen seien oder nicht und ob die Schenkungsämter ihre Tätigkeit auch auf andere Gebiete als lediglich auf die Beleihung ausdehnen sollten. Die Debatte wurde abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Sodann tritt man zur Beratung des Gesetzes betreffend Bewilligung von weiteren 110 Millionen Mark zu Weisungen für die Gemeinden

für Ausgaben der Kriegswirtschaft. Der Referent, **Abg. Lustigat Lipmann** - Stettin (Sp.), führte im wesentlichen aus, daß die bisher bewilligten 110 Millionen bereits verbraucht seien, daß durch die Erweiterung der Ziele der Kriegswirtschaft (Lebensmittelversorgung, Fürsorge für die Territorialarbeiter, Kriegswirtschaftsfürsorge), sowie durch Erweiterung des Kreises der Kriegsteilnehmer, um demgemäß der Kriegsunterstützten Familien, insbesondere aber auch durch die Bestimmungen der bundesrätlichen Verordnung vom 21. Januar 1916, die den Kreis der Familien-Unterstützten wieder wesentlich ausdehnen, ein Bedarf des Fonds bedingt würde, der dazu führen würde, daß die Regierung etwa im Juni schon mit den neu zu bewilligenden 110 Millionen fertig sein würde. Er stellte der Regierung eine Mehrforderung anheim. Nach eingehender Erörterung erklärte der Finanzminister, daß die Regierung eine Erhöhung der neu zu fordernden Summe von 110 Millionen Mark auf 200 Millionen Mark ihre Zustimmung geben würde. Demgemäß beschloß die Kommission die Erhöhung auf 200 Millionen Mark. Mit dieser Maßgabe wurde das Gesetz einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung fand am Morgen des 23. Februar statt; in dieser Sitzung wurde über einen Antrag von **Kalshahn** (Kon.) beraten, der die Kgl. Staatsregierung ersucht, der

Not in den Baderorten,

in denen durch militärischen Befehl der Badebetrieb verboten oder eingeschränkt ist, durch Gewährung von Staatszuschüssen zu heuern. Nach eingehender Begründung des Antrages durch den Referenten, **Abg. Freiherr v. Malaguzzi-Berard**, der Annahme des Antrages empfahl, erklärte der Finanzminister sich gegen den Antrag. Dieser würde zu sehr unerwünschten Konsequenzen führen, da auch andere gewerbliche und kaufmännische Betriebe durch militärische Anordnungen geschädigt seien und ähnliche Anträge stellen könnten. In der Diskussion stellte sich die Kommission über-

wiegend auf den Boden des Antrages. Es wurde darauf hingewiesen, daß tatsächlich die Baderorte durch militärische Befehle erheblich geschädigt würden und daß sie gegen die Folgen dieser militärischen Befehle machtlos, aus nicht in der Lage seien, durch irgendwelche Veränderungen des Betriebes den Schädigungen zu entgegen oder sie zu mindern. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Die an die Kommission zurückgegebenen Petitionen der Nischebaderorte wurden, wie früher, der Staatsregierung zur Ermüdung überwiesen. — Mittwoch abend: Handels- und Gewerbeetat.

Deutsches Reich.

Ein parlamentarischer Beirat in Baden.

c. B. **Karlsruhe**, 21. Februar. In der letzten Sitzung der Zweiten badischen Kammer erklärte der badische Minister des Innern, **Freiherr v. Bodmann**, er nehme die ihm von der Kammer angeregte Wirtchafts- und Landwirtschaftsministerialkommission an und bestimme die Mitglieder der Kommission selbst und zunächst alle zwei Wochen zusammenzutreten würde. Im Verlauf seiner Rede führte er dann die Minister unter anderem an, er gebe zu, daß von Seiten der Regierung Fehler in der wichtigeren Frage der Regelung der täglichen Verbrauchsgegenstände vorgekommen seien, aber diese seien nicht zuletzt mit der menschlichen Unvollkommenheit und den großen Schwierigkeiten der Aufgaben zu entschuldigen. Auf dem Lebensmittelmärkte sei nicht alles, was sich anfänglich zeige,ucher. Ueberall, auch in nichtkriegführenden Ländern, seien die Lebensmittelpreise gewaltig gestiegen. Immerhin müsse als Beweis dafür, daß die badische Regierung ihr Möglichstes gethan habe, die Tatsache dienen, daß in Baden ja hietige Preise die Marktpreise überboten, eingekauft und eine Reihe von Erträgen verhängt wurden. Die Handlungsweise jeder Landwirte, die bei der Getreidebestandsaufnahme im November 1915 absichtlich falsche Angaben machten, nannte der Minister einen Schanden in dem sonst so glänzenden Bild, das das deutsche Wirtschaftsleben und die Tätigkeit der Landwirtschaft bot. Die Vorkhebung des Getreidebestandes ergab ein Mehr von 20 Prozent, ferner: eine erhebliche Tadelade, die aber niemand veranlassen dürfte nun weniger parlam im Verbrauch mit Mehl und Brot zu sein; jeder müsse sich eine Gewissensprüfung daraus machen, wenn die entsprechenden Vorschriften eingehalten. Wenn die zu erhoffene Milderung der Ernährungslage eintrete, so müsse trotzdem die größte Sparlichkeit herrschen. Höchstpreise für Dauerwaren und Konjerven, die unterliegt werden, sagten dem Minister sehr zu. Die Vorarbeiten für Einführung von Fleischkarten in Baden hat begonnen. Den Verkauf von Eiern nach Gewicht teilt der Minister für wünschenswert.

Der Kaiser zum Tode des Admirals v. Hohl.

Berlin, 23. Februar. Der Kaiser hat an Frau Admiral v. Hohl anlässlich des Hinscheidens ihres Gatten folgendes Telegramm geschickt:

Zu dem Mißschicklichen beizührenden Heimzuge Ihres Gatten, der Mir und Meiner Marine in langen Jahren treuer Pflichterfüllung hervorragende Dienste geleistet hat, spreche Ich Ihnen und den Ihrigen Mein aufrichtiges und innigstes Beileid aus. Möge der Allmächtige Ihnen in dieser schweren Prüfung mit seinem Troste zur Seite stehen.
Wilhelm I. R.

Bundesrats-Beschlüsse.

WTh. Berlin, 24. Februar. In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Eine Veränderung der Verordnung über das Verbot der Einfuhr erheblicher Gegenstände, Gemüse und Obst, vom 11. November 1915, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Reis, eine Ergänzung der Verordnung über Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffelzucht vom 16. Sept. 1915, eine Veränderung der Verordnung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffelzucht vom 16. Sept. 1915, sowie der Entwurf einer Bekanntmachung über das Verbot der besonderen Beschlagnahme des Verkaufs von Strick-, Web- und Wirtwaren.

Fortschrittliche Anträge in Abgeordnetenhause.

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat zur zweiten Beratung des Etats des Innern — Medizinalwesen — folgende Anträge gestellt:

1. Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, auf eine rechtsgesellschaftliche Regelung des Haltefindewesens einzutreten, durch welche eine einwandfreie Pflege der Haltefinden und eine Bewirtschaftung der Fiehmutter ermöglicht wird.
2. Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, sofern nicht already eine rechtsgesellschaftliche Regelung des Wohnungswesens erfolgt, dem Landtage einen Entwurf des Wohnungsgesetzes zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, nach in dieser Session einen Nachtragsetz vorzulegen, in dem eine ausreichende Summe bereitgestellt wird, aus der Gemeinden, die Sanitätsfürsorgestellen errichtet haben, nach Maßgabe ihrer Volkstümer hierfür und ihrer Leistungsfähigkeit eine Beihilfe erhalten.
4. Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, zur Erzielung einer ländlichen Mutter- u. Säuglingsfürsorge beim Bundesrat zu beantragen eine Abänderung der Reichsversicherungsordnung dem Reichstag zur Beschlussfassung vorzulegen, wodurch alle Leistungen der für die Kriegszeit eingerichteten Reichswohlfahrts-Restitutionsstellen der Krankenversicherungen werden.

Ausland.

Zur Frage des wirtschaftlichen Zusammenstufes der Mittelmächte.

c. B. **Budapest**, 24. Februar. Der Reichsbund der waffenbrüderlichen Vereinigung hat seinen Oberverwaltungsrat **Dr. Schiffer** sowie den Sanitätsrat **Dr. Bock** nach Budapest entsandt, wo die Herren vorgestern eintrafen. Es unternehmen die vorbereitenden Schritte in bezug auf die Frage eines wirtschaftlichen und nationalen Zusammenstufens der beiden Mittelmächte. **Dr. Schiffer** wurde vom Ministerpräsidenten **Graf Tisza** empfangen, mit dem er lange unterredete. Vorher besprach er sich mit **Dr. Westek**,

Genf Anwalt, Dr. Schiffer (Frank) und beim ungarischen Finanzminister vor und hatte mit dem Justizminister Besprechungen...

Die neue dänische Verfassung.

T. U. Rosenhagen, 24. Februar. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Jørgen, dem Verfassungsausschuss des Reichstags und den Parteien...

Halle und Umgebung.

Halle den 25. Februar 1916

Ueberdrückung von Feldpostsendungen vor der Einlieferung zur Post.

In einem Landorte wurde im November einen zehnjährigen Knaben von seiner Mutter ein größeres Feldpostpaket zur Aufsteuerung bei der Postanstalt übergeben.

Ehernes Kreuz.

Leutnant d. Res. Kurt Wintler, Hädt. Friedhofs-Inspektor am Südfriedhof in Halle, ist mit dem Ehernen Kreuz ausgezeichnet worden.

Kriegsbeschädigte und Waisen. Auf Grund von Ausführungen, die Herrmann Schürer in der Stadtverwaltung...

eine 20 Meter das Gelände überragende Höhe mit einem dicken Ausläufer in Schieferer Bauart. Es ist der Kollentenberg, im Volksmunde „Schelbergs“ genannt.

Quelchins, 22. Febr. (Einen Mischungsverlust) unterhalb in der Nacht vom Freitag zum Samstag ein Franzose den hiesigen Gefangenenträger.

Genz, 22. Febr. (Die Gaspreise) werden für das Kubikmeter um einen Pfennig erhöht, was der Stadtkasse eine jährliche Mehreinnahme von 40 000 Mark bringen wird.

Berternes, 22. Febr. (Im Schacht erstickt) Auf dem hiesigen Kollentberg hatten sich nach dem Froststich ein Gasgemisch aufgebläht...

Triebes, 22. Februar. (Ein solches Manneils an Gasen aufstiegen) war die Generer Sute-Spinnerei und Weberei...

Stette, 22. Febr. (Starker Frost) In der vorletzten Nacht setzte harter Frost ein, das Thermometer zeigte gestern früh 18 Grad Räte.

Rom Hühner, 23. Febr. (Die Stürme) der vergangenen Woche haben in den Waldungen des Eichfeldes großen Schaden angerichtet.

Nordhausen, 23. Febr. (Ein hiesiges Zepelin-Luftschiff) machte gestern morgen um 10 Uhr unter Einwirkung des Nordwindes einen Ausflug...

Behndern, 23. Febr. (Eine Nacht an dem Mühlentümpel) Ein hiesiger Mühlentümpel, der auf einen Abmühlentümpel hinaufgeleitet war...

Geberstedt, 23. Febr. (Ueberbreitung der Sächsischen) Der Reichsgerichtspräsident, Graf v. Helldorf, der Anfang Dezember die amtlichen höchstgerichtliche Zustände überprüften hatte...

Letzte Depeschen.

Der gekaperete Dampfer „Weckburn“ von der eigenen Prienerzeugung verjagt.

WTB London, 24. Februar. „Lands“ meldet aus Teneriffa: Der britische Dampfer „Weckburn“ ist von der deutschen Prienerzeugung aus dem Hafen geführt und verjagt worden.

Ueberfischung in Paris.

WTB Paris, 24. Februar. Die „Humanität“ meldet, teigt die Seine täglich mehr. Die Schiffer und Fischer der Ueberfischung der Pariser Häfen bereite die Entladung der Röhre große Schwierigkeiten.

Die resolutionären Untriebe in China.

WTB Schanghai, 24. Februar. (Neuter). Der Kaiser des Gouvernements von Schanghai wurde am Montag nachmittag überfallen. Einzelheiten fehlen noch.

England beschlagnahmt holländische Post.

WTB London, 24. Febr. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wurden von der Brielpost die hiesigen holländischen Dampfer „Sollandia“ 1265 Pakete und von der Brielpost der „Zeiria“ 1290 Pakete Roggkorn beschlagnahmt.

Entberufung in Rumänien.

WTB Bukarest, 24. Februar. Des Kriegsministeriums ist bekannt, daß sich alle Männer vom 21. bis zum 56. Lebensjahre, welche die rumänische Staatsbürgerschaft angenommen haben, zu der für den Retruerjahr 1916 festgesetzten Zeit zum Militärdienst zu melden haben.

Gefangen.

WTB Kopenhagen, 24. Februar. In der Nordsee ging der auf der Küste von Dänemark nach Hartjeppel befindliche hiesige Schoner „Maland“ unter. Die Besatzung wurde von einem dänischen Dampfer aufgenommen.

Berlin, 24. Februar. Die neuen bedeutsamen Erfolge unserer Truppen an der Westfront kamen in der Stimmung der heutigen freien Blätter zu einer Infolge der widersprechenden Meldungen aus Westfront nicht recht zur Geltung.

Berlin, 24. Februar. Am Produktmarkt war der Verkehr ruhig und die Umsätze blieben nur geringe. Für Weizenmehl waren die Forderungen wieder erhöht und wurden statt bisher 5 bis 6 anderen Werten die Preise unverändert.

Berlin, 24. Februar. Die Kleinliche Schraubenfabrik Bauer und Schaurte in Reuß erhöhte die Schraubenpreise ab heute durch Erhöhung der Rabatte um 2 bis 7 Proz.

Mitteldeutsche Seifenfabriken, Akt.-Ges. in Wahren 6. Leipzig. Der Aufsichtsrat bringt der am 23. März einberufenen Hauptversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung...

Der Aufsichtsrat der Chemischen Fabrik Helfferich Akt.-Ges. schlägt wieder 9 Prozent Dividende vor.

Magdeburger Strohhalm-Gewinn-Gesellschaft. Für das Geschäftsjahr 1915 bringt die Verwaltung die Verteilung einer Dividende von 9 (6 1/2) Prozent in Vorschlag.

Baumwollspinner Unterhans. Die Gesellschaft erstellte im Jahre 1915 einen Jahresgewinn von 893 716 (1. B. 845 211) Mark, von denen 312 000 (160 000) Mark für Abschreibungen abgehen.

Der Freiburger Wanderer schlägt für 1916 eine Dividende von 4 gegen 0 l. B. vor.

Die Wolframsbannhütte und Eisenwerke vorm. Th. Höpfer schlägt für 1915 eine Dividende von 14 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre vor.

Wannegischer Aktien-Gesellschaft in Hannover-Verden. Der Aufsichtsrat teilt mit, daß der Geschäftserfolg infolge des im vergangenen Jahre genügend Profitableit und in dem Maße von Tag und Nachtbetrieb einen weitlich größeren Umsatz als in Friedenszeiten zu erzielen, obwohl die Tätigkeit durch behördliche Verfügungen und durch die Beschneidung des größten Teiles der Produktionskraft sehr eingeschränkt war.

Preiserhöhung für Kartonnagen. Der Verband der Kartonnagenfabrikanten von Dresden und Umgebung teilt mit, daß infolge der neuen Preisüberhöhung seitens der Pappefabrikanten, die seit Kriegsausbruch schon 60 Prozent anzuheben haben, auch der Verband der Kartonnagenfabrikanten genötigt ist, die Preise für Kartonnagen entsprechend zu erhöhen.

Thüringische Landesbahn Aktiengesellschaft, Weimar. Der Aufsichtsrat schlägt für 1915 der auf den 22. März einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 (10) Prozent (wie in den letzten 3 Jahren) gegen Bruttogewinn beträgt 956 266 (949 984) Mark.

Devisenkurse.

Berlin, 24. Februar 1916. Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

Table with columns: Ort, Deute, Brief, Vorjahr Tag, Brief. Lists exchange rates for New York, London, Stockholm, Copenhagen, Warsaw, Bucharest, Rumania, Bulgaria, etc.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyd; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brilmann; für Internationales und Deutsche Nachrichten: Hans Krieger; für den Anzeigenteil: Albert Paris. Druck und Verlag von Otto Hendel, G.m.b.H., in Halle a. S.